

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 28 (1987)
Heft: 9

Artikel: Perestrojka-Prognostik : Gorbatschows Aussichten in der Bewertung von Ost und West
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perestrojka-Prognostik

Gelingt Gorbatschow der Durchbruch mit seinen Reformvorstellungen, oder wird er auch gestürzt wie seinerzeit Chruschtschow, der die Allmacht des Parteiapparates ebenfalls einschränken wollte? Das ist zurzeit die zentrale Frage der Weltpolitik.

Wenn Moskau am Sowjetmodell der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung festhält, kann es mit dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt des Westens nicht Schritt halten: Seine Stellung als Supermacht wäre gefährdet. Ohne die Initiativkräfte, die Ideen und den Willen der Gesamtgesellschaft ist ein modernes Wirtschaftssystem heutzutage völlig unvorstellbar. Der Rückzug der Partei aus der Wirtschaft ist – wie die chinesischen und ungarischen Reformwege zeigen – die Vorbedingung auch bescheidener wirtschaftlicher Erfolge.

Gorbatschow hat diese Probleme offenbar richtig erkannt, aber es fehlt ihm vielleicht an Mut und Macht, um das, was er wirklich denkt,

ganz offen zu sagen, und das, was er will, voll durchzusetzen. Sein Dilemma besteht darin, dass er die führende und bestimmende Rolle der Partei in ein modernes Wirtschaftssystem sozusagen «hinüberretten» möchte, ohne aber das bisherige Denkmonopol der Partei im Wirtschaftsgefüge aufrechtzuerhalten.

Die beiden Begriffe «Glasnost» (Offenheit, Transparenz) und «Perestrojka» (Umgestaltung), die Gorbatschow für seine Reformziele geprägt hat, signalisieren, dass er doch ein vorsichtiger Reformist ist, der die öffentliche Meinung auf seiner Seite wissen möchte, bevor er den nächsten Schritt tut.

Mit seiner neuen Informationspolitik «Glasnost» hat Gorbatschow die ersten bemerkenswerten Erfolge erzielt: Die Sowjetbürger lesen wieder ihre Zeitungen. Die grossen überregionalen Zeitschriften sind sogar bereits am Tag des Erscheinens vergriffen. In den osteuropäischen Hauptstädten war die sowjetische Parteizeitung «Prawda» noch nie so schnell ausverkauft wie in den letzten Wochen. Ein neuer Wind weht aus Moskau.

Die offene Kritik an den Missständen in der Wirtschaft und der Staatsverwaltung, wie sie jetzt in dosierter Form begonnen hat, war seit Lenin tabu in der Sowjetunion. Aber auch über Unglücksfälle oder negative gesellschaftliche Phänomene, die bisher stets verheimlicht wurden, wird jetzt berichtet: wie zuletzt beispielsweise über ein Dammbruchunglück, über Bahnhofprostitution in Moskau oder über Geisteskrankheiten in der Sowjetunion.

Nicht weniger überrascht ist der Mann auf der Strasse von «Glasnost» im politischen Bereich der Zeitungen: Die Abrechnung mit der Brezhnev-Ära, die baldige Erscheinung des «Doktor Schiwago» von Pasternak, die Einstellung der sowjetischen Störsendungen gegen das BBC-Programm in russischer Sprache oder die erste scharfe Kritik in der «Prawda» der Korruption und Disziplinlosigkeit bei der Sowjetarmee – das sind Nachrichten, die direkt oder indirekt gegen die Führungsschicht gerichtet sind, gegen die Parteifunktionäre, die in der Machtausübung bisher kaum kontrolliert wurden.

Die Herausforderung dieser staatstragenden Schicht durch Gorbatschow löst freilich offe-

nen und verdeckten Widerstand aus, was der Parteichef während des Gewerkschaftskongresses im Februar auch offen zugegeben hat. Parteileute in verantwortungsvollen Positionen, die sich jetzt angegriffen fühlen, sind offenbar nicht bereit, das Feld kampflös zu räumen und auf ihre bisher von oben wohlgeschützten Privilegien zu verzichten.

Wie der sowjetische Pressespiegel zeigt, hat Gorbatschow in der begonnenen Kraftprobe mit grossen Teilen des Parteiapparates die Hebel der Macht noch fest im Griff. Er hat zweifellos die besseren Argumente, wie man die Wirtschaft modernisieren und die Gesellschaft demokratisieren kann. Er begründete die Notwendigkeit von «Glasnost» im vergangenen Jahr mit folgenden Worten: «Es gibt bei uns keine Opposition. Wie aber kontrollieren wir

«Perestrojka ist die Zeit der Selbstreinigung und der fundamentalen Veränderungen. (...)

Bei den Vertretern der Gesellschaftswissenschaften stellt man heute eine Spaltung des Bewusstseins fest: Einerseits Verständnis für die Bedeutung des historischen Moments und nüchterne Beurteilung der Situation in der Wirtschaft, in der sozialen und geistig-sittlichen Sphäre. Andererseits die beruhigende Illusion, dass der heutige Stand der Gesellschaftswissenschaften im Prinzip die gegenwärtige Etappe der Entwicklung des Sozialismus richtig wiedergebe. (...)

Bürokraten und Dogmatiker können nur auf Kosten der Interessen der Gesellschaft existieren, indem sie ihre Zugehörigkeit zum Staatsapparat ausnützen. (...)

Perestrojka bedeutet nicht nur die praktische, sondern auch die theoretische Erneuerung des Sozialismus als Ganzes, und zwar qualitativ und nicht nur in Vervollkommnung seiner einzelnen Bereiche. (...)

Es geht heute um die Bereicherung des marxistischen Gedankens (...), um eine konstante Erneuerung und Vervollkommnung unserer Weltanschauung. (...)

Wir müssen die marxistisch-leninistische Lehre dynamisch entwickeln. (...) Weder bei neuen Fragen noch bei den Antworten besitzt irgend jemand ein Wahrheitsmonopol.»

Aus einem Bericht von A. Jakowlew, «Politbüro Kandidat und ZK-Sekretär», in «Prawda» vom 18. 4. 1987



Polnische Karikatur zur Glasnost: «Ab Dienstag sollen wir wahrheitsliebend sein und sogar die Aussage veröffentlichen, dass das Wasser nass ist.» («Polityka», Warschau, 18. 4. 1987)

uns selbst? Nur durch Kritik und Selbstkritik – aber vor allem mit «Glasnost». Ohne «Glasnost» kann es keine Gesellschaft geben . . . und keine Demokratie. Aber die Demokratie ohne Grenzen wäre Anarchie. Deshalb ist unsere Aufgabe so kompliziert.»

Gorbatschow sieht offenbar auch klar, dass sich eine Diktatur nicht in eine Demokratie umwandeln lässt, ohne die bisherigen Strukturen des Staates zu zerstören. Er versicherte deshalb auch vor dem Plenum des Zentralkomitees im Januar, wo er die geheimen Wahlen von Parteifunktionären auf mittlerer und unterer Ebene sowie von Parlamentariern vorschlug: «Es geht selbstverständlich nicht um einen Umbruch in unserem System.» Die Grundpfeiler des Staates und die oberste Partei- und Staatsführung sollen also von «Glasnost» verschont bleiben, um das System keinesfalls zu gefährden. Aber wie kann man die «Offenheit» dosieren, wenn man einmal damit begonnen hat?

Unter wirtschaftlichen Zwängen der Rückständigkeit im Vergleich zum Westen weiss Gorbatschow wohl, dass er die Industrie und Landwirtschaft unbedingt modernisieren muss, soll die Sowjetunion ihre Position als zweite Supermacht nach aussen hin beibehalten können. Das Grundproblem dieser Frage ist, dass die Wirtschaft ausschliesslich von der Partei – meist durch inkompetente Funktionäre – geleitet und kontrolliert wird. Das Machtmonopol der Partei verhindert den natürlichen Ausleseprozess in der Gesellschaft. Verhindert, dass die technisch und wirtschaftlich hoch gebildeten Intellektuellen, die Gorbatschow zur Modernisierung jetzt braucht, die gleichen Aufstiegschancen haben wie die Leute im Parteiapparat. Der Parteichef will nun diese Situation ändern.

Glasnost, das Wort

Glasnost (sprich Glaassnost, langes a und scharfes s) übersetzen wir meist mit «Offenheit», aber das Wort reicht weiter und bedeutet auch: Öffentlichkeit, öffentliche Verbreitung, Offenkundigkeit, Bekanntheit.

Der Ausdruck kommt vom altslawischen Wort Glas (sprich: Glaass) für Stimme oder Ton, das heute nur noch poetisch im Gebrauch ist. Das slawische Wort Glas ist mit dem deutschen Wort Glas nicht verwandt und impliziert an sich auch keine «gläserne» Transparenz. Hingegen ist es aus inhaltlichen Gründen doch nicht falsch, wenn dem heutigen politischen Ausdruck der Glasnost auch eine Zusatzbedeu-

tung als Transparenz zugebilligt wird, denn er enthält eine Forderung nach Durchschaubarkeit und Einsichtnahme.

Die Glasnost ist mit verschiedenen andern Ausdrücken verwandt, die assoziativ eine Rolle spielen. Das Verb glasit heisst lauten, bedeuten. Ein Glasni ist im vorsowjetischen Sinn ein Ratsabgeordneter. Golos heisst Stimme mit der gleichen Doppelbedeutung, die wir in der deutschen Sprache kennen: menschliche Stimme und Wahlstimme. Golosowanje ist die Abstimmung, und das Verb golosit bedeutet rufen, ausrufen, anpreisen.

Das Wort Glasnost hat also eine sprachliche Umgebung, die zum Teil schon politisch vorgefärbt ist und dann althergebrachte demokratische und pluralistische Tugenden antönt. O. B.

Das zweite Schlüsselwort seiner Reformpolitik, die «Perestrojka» (Umgestaltung des gesellschaftlichen Rahmens), signalisiert sein Bestreben, die richtigen Leute am richtigen Ort einsetzen zu können. Schon Chruschtschow hatte dieses Problem erkannt. Er wollte erreichen, dass der Parteiapparat bei jeder Wahl zu mindestens einem Drittel erneuert werde. Die Idee der Rotation wurde dann nach seinem Sturz fallengelassen.

Die Umgestaltung des Sowjetmodells mit Einschränkung der Macht der Partei, um die Wirtschaftslenkung in kompetente Hände zu geben, stösst auf grössten Widerstand im Zentralkomitee, im höchsten Machtorgan der Partei, das noch immer mehrheitlich von den Anhängern Breschnews besetzt ist. Auch diese Leute wis-

sen, dass die Sowjetunion dringend Reformen braucht, um den ständigen Versorgungskrisen ein Ende zu setzen und in der Weltpolitik weiter mitreden zu können. Aber auf dem Januar-Plenum haben sie Gorbatschows Vorschläge zur Umgestaltung gnadenlos zusammengestrichen. Die Herausforderung wurde damit angenommen. Wie vorsichtig die Kampfgefährten des Parteichefs operieren, signalisiert die Tatsache, dass bisher kein Politbüromitglied oder ZK-Sekretär sich demonstrativ hinter Gorbatschows Reformvorstellungen gestellt hat.

Im Gegenteil: Der zweitmächtigste Mann der Staats- und Parteihierarchie, Politbüromitglied und ZK-Sekretär Ligatschow, meldete Anfang März sogar offen Bedenken gegen die von Gorbatschow forcierten Kritiken in den Medien



Oben: Perestrojka. Der Zucker ist weggestellt und der Pfeffer kommt in Aktion. Rechts: Gesammelte Werke, nämlich «Vorwort», «Leerwort» und «Nachwort». («Literaturnaja gaseta», Moskau, 15. 4. 1987)



an. Er wandte sich dagegen, dass in der Presse die Aufmerksamkeit allein auf negative Phänomene in der Wirtschaft und Gesellschaft gelenkt werde. Er stellte zugleich klar, dass westliche Hoffnungen auf eine allmähliche Einführung des «politischen Pluralismus» in der Sowjetunion – aus Gorbatschows Vorstellungen über Demokratisierung vielleicht zu erkennen – völlig illusorisch seien. Die Intellektuellen werden auch künftig nur «engste Helfer der Partei» bleiben. Und Ministerpräsident und Politbüromitglied Ryschkow, der hauptsächlich für die Wirtschaft verantwortlich ist, erklärte kürzlich, dass die Reformen Gorbatschows, die bereits eingeführt wurden, überprüft und umgearbeitet werden müssen.

Das ist um so bemerkenswerter, als die bisher beschlossenen Reformmassnahmen nicht einmal zehn Prozent der ungarischen Praxis ausmachen. Solange das zentrale Planungssystem nicht weitgehend gelockert wird, so lange kann von einer Umgestaltung nicht die Rede sein. In der obersten Führung gibt es dafür aber nach wie vor keine Mehrheit.

Im Hinblick auf Gorbatschows Kräfteressen mit dem Parteiapparat ist es nicht verwunderlich, dass die Führer der Ostblockstaaten nur zögernd und zweideutig auf die Reformvorstellungen reagieren. Sie möchten offenbar den Ausgang des Reformstreites im Kreml abwarten, um die peinliche Situation zu vermeiden, auf der «falschen Seite» zu posieren. Charakteristisch dafür war die Äusserung des Partei- und Staatschefs der ČSSR, Gustav Husak: Es müssten «Partei und Gesellschaft mobilisiert und von der Notwendigkeit dieser Reformen überzeugt werden». Rumäniens Ceaușescu lehnt Gorbatschows Vorstellungen strikt ab. Nur Polens Jaruzelski hat sich vorbehaltlos auf die Seite des sowjetischen Parteichefs gestellt,

aber nicht aus wirtschaftlichen Überlegungen. Er konnte ja nur mit Gorbatschows Hilfe seine orthodoxen Gegenspieler aus dem Politbüro entfernen; sein politisches Schicksal ist praktisch mit der Zukunft Gorbatschows eng verbunden.

Einer der besten Kenner des Sowjetsystems, der jugoslawische Regimekritiker Milovan Djilas, beurteilt Gorbatschows Kurs zwar positiv, gibt ihm aber kaum Chancen, seine Vorstellungen durchzusetzen. Djilas sieht Gorbatschows Lage keinesfalls ungefährdet: «Die gesamte mittlere Bürokratie wird ihre privilegierten Positionen nicht so leicht aufgeben. Hier handelt es sich nicht nur um eine Parteibürokratie, sondern auch um eine Bürokratie des Staates, der Wirtschaft, der Armee und sogar der Kultur. Hier gibt es eine Koalition aller Bürokraten gegen Gorbatschow.»

Demgegenüber meint der ideologische Vater des «Prager Frühlings», Professor Ota Sik: «Die Gefahr eines Gegenschlags aus der Partei selbst ist weniger gross. Mir scheint, da setzt sich Gorbatschow durch.» Wichtig sei, «dass es den Reformern gelingt, die eigentlichen repressiven Kräfte – also Militär und Staatssicherheit – an einem Gegenschlag zu hindern». Die Chancen Gorbatschows betrachtet Sik jedoch optimistischer als Djilas: «Der Prozess birgt die Chance, dass sich im ganzen Herrschaftsbereich der Sowjetunion eine Entwicklung anbahnt, welche die ganze Welt günstig beeinflussen könnte. Alles, was Gorbatschow in Gang gesetzt hat, betrachte ich als erste Schritte. Da liegen ungemein viele weitere Möglichkeiten drin. Wie weit dieser Prozess führen wird, lässt sich natürlich nicht voraussagen. Hingegen bin ich überzeugt, dass es dann schwerlich einen Weg zurück gibt. In dieser Hinsicht bin ich mit Gorbatschows Einschätzung einverstanden.

Wenn ein solcher Prozess eingeleitet ist, wird eine Rückkehr zu stalinistischen Zuständen kaum vorstellbar.»

Was die westliche Welt betrifft, bewertet der frühere amerikanische Aussenminister Henry Kissinger die möglichen Auswirkungen der Reformpolitik Gorbatschows äusserst skeptisch. Kissinger war Anfang Februar vom Kremlchef in Moskau empfangen worden und hatte dabei Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren. Seine Eindrücke: «Ich bezweifle nicht die Ernsthaftigkeit der Anstrengung der derzeitigen Sowjetführer, Stagnation, technologische Rückständigkeit und Korruption der traditionellen Zentralplanung sowjetischen Stils zu überwinden. Der Zweck ihrer Reform besteht

RUSSLAND UND WIR Zeitschrift und Forum

für jeden Russlandinteressierten

Angesichts der Vielzahl von Ost-Publikationen erfüllt diese Zeitschrift des deutschen Sprachgebiets, die sich ausschliesslich mit Russland bzw. der Sowjetunion beschäftigt, eine besondere Aufgabe.

In Zusammenarbeit mit der Gemeinnützigen Körperschaft DEUTSCH-RUSSLÄNDISCHE GESELLSCHAFT e. V. für Deutschland, Frankfurt a. M., Korp. Mitglied der Paneuropa-Union, stehen hervorragende Fachreferenten für alle einschlägigen Gebiete aus Politik, Geschichte, Militär, Religion und Kirche, Wirtschaft, Emigration, Touristik, Wissenschaft und Forschung zur Verfügung. Alle wesentlichen Bücher über und aus Russland bzw. der Sowjetunion werden hier besprochen und zu Originalpreisen geliefert – dies gilt auch für russischsprachige Literatur – und Russlandreisen vermittelt. Eine Sprachkennntnisse.

Jahresbezugspreis DM 16.– zuzüglich Versandkosten (für DRG-Mitglieder im Beitrag – mindestens DM 36.– jährlich – enthalten). Probeexemplare kostenlos.

RUSSLAND UND WIR-VERLAG

Verlag und Handlung
D-6380 Bad Homburg 1
Sindlinger Weg 1
Tel. (06172) 3 51 91

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

City Bank-Anlageplus

4 1/4% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!
Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit **Bis 31. Dez. 1987**

CITY BANK

Talstrasse 58,
8021 Zürich,
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. _____ (am ehesten um _____ Uhr) in Verbindung setzen?

Name _____ Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

«Die «Neue Ökonomische Politik» (NEP) hat es ermöglicht, die wirtschaftliche Zerrüttung und Inflation im Lande zu überwinden, eine normale Preisbildung wiederherzustellen und das Geldsystem zu stabilisieren. (...) Das wirtschaftliche Leben belebt sich, die Menschen atmeten erleichtert auf.»

«Auf welche Weise ist eigentlich ein so frapierendes Resultat in einer so kurzen Frist erzielt worden? Im Grunde genommen erschloss die NEP nur eine einzige Reserve: die Initiative und den Unternehmungsgeist der Menschen. Ferner war es das Gefühl, man sei Herr im eigenen Haus; auch kamen Selbständigkeit und volle Verantwortung für das eigene Arbeitsresultat hinzu.»

L. Woskressenski
in «Sowjetunion heute» 2/1987

nicht darin, Demokratie oder Freiheit voranzubringen, er ist darauf gerichtet, die Effizienz und den industriellen Fortschritt voranzutreiben, also die Sowjetunion mächtiger zu machen. Bis jetzt haben wir es mit einem Programm zu tun, das gerade eben angekündigt worden ist – mit einer Theorie also, noch nicht mit einer Realität. Selbst wenn sich das Programm als erfolgreich erweisen sollte, garantiert dies nicht automatisch eine gutartige Aussenpolitik. Im Gegenteil, dies könnte zusätzliche Ressourcen für Expansionismus und ideologische Herausforderungen erschliessen. Die

intellektuellen, hartgesottenen, versierten und urbanen sowjetischen Führer reformieren ihre Gesellschaft nicht, um uns damit einen Gefallen zu tun. Sie streben nach Effizienz, Produktivität, Technologie – nicht nach Demokratie. Sie benötigen eine Atempause auf dem Feld der internationalen Beziehungen, um diese Ziele zu erreichen; sie sind nicht zu den Vorstellungen des westlichen Pazifismus bekehrt worden. Wenn es ihnen gelingt, ihr Ziel zu erreichen und ihr Land stärker zu machen – ohne ihre Aussenpolitik zu ändern, die die gegenwärtigen Spannungen hervorgebracht hat –, dann wird die Lage der Demokratien auf lange Sicht weniger sicher.»

Viele führende Politiker im Westen denken wiederum anders: Gorbatschow solle bei seinen Bemühungen um eine Demokratisierung des Sowjetsystems voll unterstützt werden, da sein Erfolg die Gegensätze der beiden Gesellschaftsordnungen mildern könnte. Ob die Westmächte die inneren Entwicklungen in der Sowjetunion beeinflussen können, erscheint jetzt – wie auch in der Vergangenheit – jedoch sehr fraglich. Wenn wir jetzt beispielsweise unseren Technologieexport in die UdSSR verstärken, könnte dies gerade den Gorbatschow-Gegnern Argumentationshilfe liefern. Sie könnten fragen: «Warum sollen wir das System ändern, wenn der Westen ohnehin bereit ist, uns bei der Modernisierung zu helfen?»

Joseph Pozsgai

Glasnost-Beispiel zu einer Systemfrage

Die landwirtschaftliche Kollektivierung nach dem Kolchosprinzip ist nicht nur ein Bestandteil, sondern geradezu ein Wahrzeichen des Sowjetsystems. Aber selbst daran darf sich heute die sowjetische Presse im Rahmen der Glasnost (Offenheit) sozusagen vergreifen.

Die Moskauer «Literaturnaja gaseta» brachte am 8. 4. 1987 eine Antwort auf Leserbrief, verfasst von K. Koschewnikowa und W. Tichonow (Mitglied der Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften). Bezug genommen wird unter anderem auf die Liquidierung der sogenannten Kulaken (Grossbauern). Dass es sich einfach um Bauern handelte, die man zwecks Ausschaltung zu Kulaken ernannte, war bisher eine Behauptung antisowjetischer Elemente. Jetzt wird sie von der zentralen sowjetischen Presse bestätigt. Einige Zitate aus dem erwähnten Beitrag.

«Die Liquidierung der Kulaken ist die am wenigsten untersuchte Frage unserer Nachrevolutionsgeschichte. Es gibt keine zuverlässige Sta-

tistik. Es gibt auch keine Kriterien, nach welchen eine Bauernwirtschaft als Kulakenwirtschaft bezeichnet wurde.»

«Als Kulaken wurden Bauern bezeichnet, die durch ihre Arbeit auf dem Land, das ihnen die Sowjetmacht gegeben hatte, ihre Wirtschaft über den Durchschnitt entwickeln konnten.»

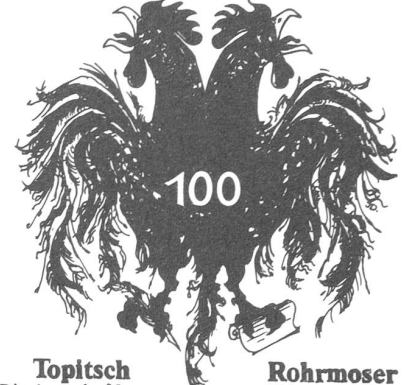
«Zwischen Mitte der zwanziger Jahre und dem Beginn der Kollektivierung hat unser Staat 150 Mio Pud Getreide exportiert. Seinen Handel betrieb der Staat anfänglich mit Getreide, das er den Bauern abkaufte, später aber mit Getreide, das er den Bauern wegnahm.»

«Aus allen möglichen Formen der Kooperation wurde nur eine gewählt – die Kolchosen. Heute zweifelt niemand an der Zweckmässigkeit auch dieser Form...» (Hervorhebung von uns.)

«Dem Bauern wurden die Mittel und die Ergebnisse der Produktion entfremdet. Er blieb formell ihr Miteigentümer, verwandelte sich aber praktisch in eine Art Landarbeiter.» ■

konservativ – kritisch – konstruktiv

CRITICÓN
Konservativ in die 90er Jahre



Topitsch
Die deutsche Neurose
Rohrmoser
Weiter so, CDU?
Arndt
Die Republik der Anderen
Hepp · Hoeres · Graf Huyn · Mohler · Steinbuch

Unter dem Motto »Konservativ in die 90er Jahre« finden Sie in CRITICÓN Nummer 100 eine Fülle von Beiträgen aus Politik, Kultur und Gesellschaft.

Wichtig für heute, wichtig auch für morgen, denn, so der Westdeutsche Rundfunk (WDR) am 26. 1. 1987,

»Criticon hat seit den 70er Jahren viele aktuelle Trends vorweggenommen, die heute hoffähig sind. So könnte die Zeitschrift auch ein Wegweiser in die 90er Jahre sein.«



Bestellcoupon

Criticón erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle die CRITICÓN-Jubiläumsnummer 9,50 DM/9,50 sFR
- Ich abonniere CRITICÓN (Jahrespreis 57,- DM/48,- sFR)

Criticón Verlag, Knöbelstraße 36, D-8000 München 22